



metallforderung

EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE
MOBILITÄTS- UND ENERGIEWENDE

Für eine soziale Mobilitätswende

Verkehr und Energie sind Kernbereiche des Wandels zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Gleichzeitig sind in den betroffenen Branchen Millionen von Menschen beschäftigt. Mobilitäts- und Energiewende sind daher Schlüsselprojekte, an denen sich entscheidet, ob die Transformation wirklich sozial, ökologisch und demokratisch gelingt.

Die IG Metall bekennt sich zu den Pariser Klimaschutzziele und spricht sich für ambitionierte und realistische Ziele in der Klimagesetzgebung aus. Klimapolitik darf aber nicht bei Zielen stehen bleiben. Sie muss realistische Umsetzungspfade aufzeigen und unterstützen. Das betrifft alle Mobilitätsindustrien: Automobil-, Bahn-, Luftfahrt- und Schiffbauindustrie.

Die Mobilitätswende muss ganzheitlich und sektorübergreifend gedacht werden, quer über die Mobilitätsträger, von der Rohstoffgewinnung bis zum Endprodukt, von der Stadt- und Raumgestaltung bis zur alltäglichen Nutzung durch die Menschen. Im Mittelpunkt muss ein für alle Bürger*innen zugängliches und bezahlbares Mobilitätsangebot stehen. Bei Automobil-, Luftfahrt- und Schiffbauindustrie braucht es den Umstieg auf alternative und langfristig klimaneutrale Antriebe. Der klima- und beschäftigungspolitisch wichtigste Bereich ist der Straßenverkehr.

Wir brauchen einen klugen Technologiemix für die Dekarbonisierung von PKW und LKW.



Die IG Metall fordert

- ▶ Um die Klimaziele im Verkehr zu erreichen, brauchen wir in den kommenden Jahren vor allem batterieelektrische Fahrzeuge. Damit die angenommen werden, muss die private und öffentliche Ladeinfrastruktur mit Hochdruck ausgebaut werden.
- ▶ E-Autos müssen vorerst weiter gefördert werden. Das gilt auch für Plug-in-Hybrid-Modelle als Einstiegs- und Übergangstechnologie, deren elektrischer Fahranteil erhöht werden muss. Kaufprämien könnten daran gekoppelt werden.
- ▶ Der Aufbau eigener deutscher und europäischer Batterie-zellfertigung muss strategische industriepolitische Priorität werden. Das gilt auch für die Rohstoffversorgung und eine damit verbundene Kreislaufwirtschaft.
- ▶ Auch für batterieelektrischen Bus- und Lieferverkehr muss die Ladeinfrastruktur aufgebaut werden. Im Schwerlastverkehr kann die Brennstoffzelle in Zukunft eine größere Rolle spielen, daher müssen Wasserstoff-tankstellen für Brennstoffzellen-LKW gebaut werden. Die LKW-Maut sollte am CO₂-Ausstoß ausgerichtet werden.
- ▶ Die Digitalisierung der Mobilität braucht ein souveränes europäisches Ökosystem. Hierzu gehört eine europäische Cloud-Lösung, aber auch der flächendeckende Ausbau des 5G-Netzes.

Es wird Verschiebungen im Mobilitätssystem geben, um insgesamt klimafreundlicher unterwegs zu sein. Dazu ist viel zu tun: Die IG Metall fordert die kommende Bundesregierung auf, den öffentlichen Personenverkehr (Nah- und Fernverkehr) schnell weiter auszubauen sowie Investitionen in die Elektrifizierung und Digitalisierung der Schieneninfrastruktur und in die Fuhrparks deutlich zu erhöhen. Der Lieferverkehr muss effektiver gebündelt werden, dafür sollten Packstationen und Einfahrslots für den gewerblichen Lieferverkehr flächendeckend eingeführt werden. Auch der Anteil von Schiene und Binnen-

schifffahrt am Güterverkehr muss steigen. Die Entwicklung neuer Antriebsformen, umweltschonender Technologien sowie klimaneutraler Kraftstoffe, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in Passagier- und Frachtschifffahrt sowie im Luftverkehr ist zu fördern. Darüber hinaus gilt es, die europäische Luftverkehrsstruktur zu modernisieren und harmonisieren und die Schnittstellen zwischen Bahn- und Luftverkehr zu optimieren.

FAIRWANDEL

Wahl 21

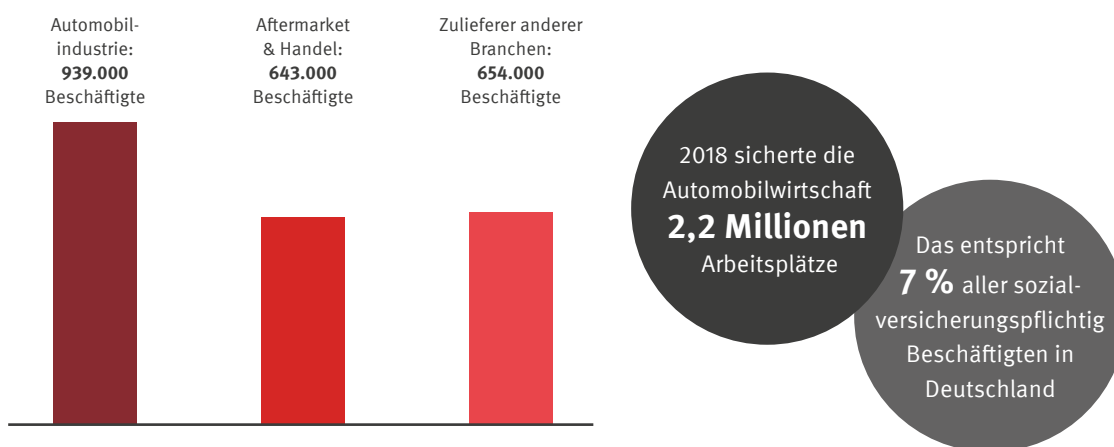


Transformation aktiv unterstützen

Der Umbau in der Mobilitätswirtschaft und vor allem der Automobilindustrie betrifft hunderttausende Beschäftigte und zahlreiche Regionen in unserem Land. Damit es nicht zu schwerwiegenden Strukturbrüchen kommt, muss die Politik besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen aktiv unterstützen: beim Aufbau neuer

Wertschöpfungsnetzwerke, bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, bei der Qualifizierung der Beschäftigten für neue Tätigkeiten. Der Umbau existierender Standorte sollte dabei immer Vorrang haben vor dem Neubau auf der grünen Wiese.

Die Automobilwirtschaft ist die wirtschaftsstärkste Branche des Landes. Sie sichert 2,2 Millionen und damit 7 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland



Quelle: eigene Darstellung nach IPE/Roland Berger für BMWi (2018/2020)

Neue Perspektiven zeichnen sich ab, hier muss die Politik aktiv fördern, z. B. Leistungs- und Mikroelektronik, Batteriezellfertigung und Batterierecycling, Elektrohandwerk, Software im Fahrzeug, teilautonomes und autonomes Fahren, Mobilitätsdienstleistungen, neue Antriebstechnologien in der Luftfahrtindustrie, der Bahnindustrie und im Schiffbau, der Einsatz synthetischer Kraftstoffe, Lärmreduzierung, Leichtbautechnologien. Wasserstofftechnologien können perspektivisch auch im Mobilitätsbereich eine wichtige Rolle spielen.

neue Perspektiven zeichnen sich ab, hier muss die Politik aktiv fördern, z. B. Leistungs- und Mikroelektronik, Batteriezellfertigung und Batterierecycling, Elektrohandwerk, Software im Fahrzeug, teilautonomes und autonomes Fahren, Mobilitätsdienstleistungen, neue Antriebstechnologien in der Luftfahrtindustrie, der Bahnindustrie und im Schiffbau, der Einsatz synthetischer Kraftstoffe, Lärmreduzierung, Leichtbautechnologien. Wasserstofftechnologien können perspektivisch auch im Mobilitätsbereich eine wichtige Rolle spielen.



Die IG Metall fordert

- ▶ Forschung und Entwicklung für Antriebe quer durch die Mobilitätsträger
- ▶ europäische Programme zur Förderung von strategischen Leitmärkten, etwa für Halbleiter, strombasierte Kraftstoffe, autonomes Fahren
- ▶ den Aufbau eines H₂-Ökosystems – von der industriellen Produktion von flüssigem Wasserstoff über Lagerung hin zu Verteilnetzen
- ▶ den Aufbau einer Infrastruktur zum Betanken von Wasserstoff. Hierzu gehört auch die Umwidmung bestehender Fern-Erdgasleitungen.





metallforderung

EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE
MOBILITÄTS- UND ENERGIEWENDE

Für eine schnellere Energie- und Wärmewende

Die Beschleunigung der Energiewende ist das zentrale Projekt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie. Sie ist bei der Stromerzeugung auf einem guten Weg. Deutschland ist fast völlig aus der Atomkraft ausgestiegen, der Kohleausstieg ist beschlossen, die erneuerbaren Energien steigern ihren Anteil stetig. Gleichzeitig aber steigt der Bedarf an erneuerbarer Energie dramatisch an. Die Mobilitätswende gelingt nur durch weitgehende Elektrifizierung und der Wärmebedarf in den Bereichen Industrie und Gebäude ist enorm. Auch die Grundstoffindustrie und dabei besonders die Stahlindustrie benötigen künftig riesige Mengen erneuerbarer Energie.

Der schnellere Ausbau und die Schaffung von Akzeptanz für erneuerbare Energien sind daher die Kernaufgabe der Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft. Notwendig ist eine verlässliche und transparente Entwicklung der erforderlichen Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen verlässliche Ausbaupfade für Wind- (on- und offshore) und Solarenergie, um einen Anteil von mindestens 65 Prozent, besser 70 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2030 zu erreichen. Dazu sind deutlich erhöhte jährliche Ausschreibungen nötig. Zum künftigen Strombedarf muss die Bundesregierung realistischere Annahmen treffen. Mobilität, Grundstoffindustrie und Wärmesektor sind noch nicht ausreichend berücksichtigt.



Die IG Metall fordert

- ▶ Bund, Länder und Kommunen müssen zu mehr Akzeptanz für neue Anlagen beitragen, für Flächenverfügbarkeit sorgen und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- ▶ Der Netzausbau muss an die steigenden Bedarfe angepasst werden, die Stromnetze müssen mit Hochdruck ausgebaut werden einschließlich intelligenter Verteilnetze und neuer Speichertechnologien.
- ▶ Der Strompreis muss gesenkt werden. Daher: EEG-Umlage abschaffen und aus Steuern finanzieren, Stromsteuer absenken, alle Abgaben und Umlagen auf den Strompreis überprüfen.
- ▶ alle Maßnahmen entlang der Zielstellung auszurichten, industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu stärken, Beschäftigung zu erhalten und neue Industriearbeitsplätze zu schaffen

Auch die Wärmewende muss entschiedener vorangetrieben werden. Bei Gebäuden sollte die Modernisierungsrate mindestens auf 2 Prozent pro Jahr verdoppelt werden. Hier müssen die Technologieoptionen von Wärmepumpen über erneuerbare Wärmeerzeuger bis zu synthetischen Brennstoffen für den klimaneutralen Wärmemarkt weiterentwickelt werden, im Sinne einer Gesamtstrategie für den Wärmemarkt. Auch die Fernwärme muss ausgebaut werden.

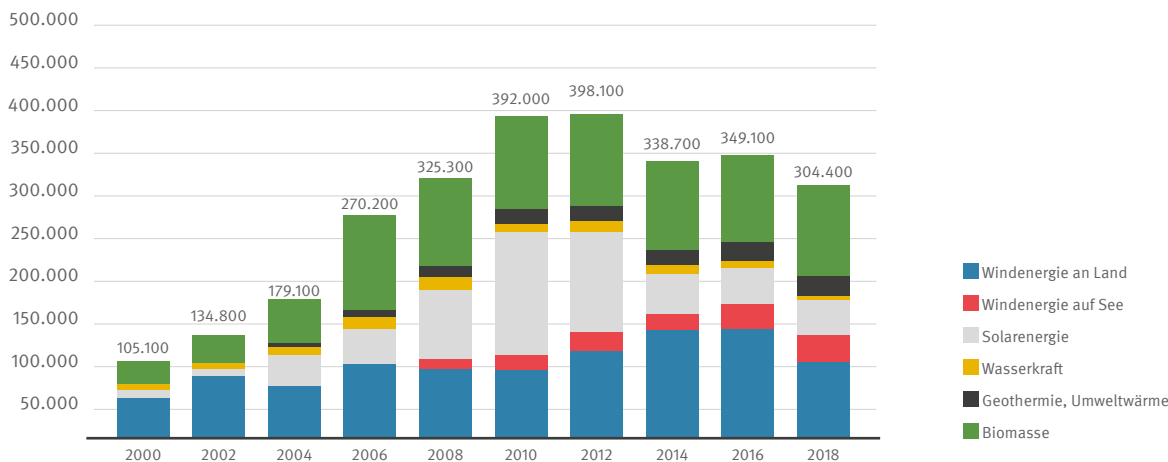
Die Energiewirtschaft muss dabei insgesamt neu ausgerichtet werden, im Energieanlagen- und Kraftwerksbau muss neue Energietechnik gefördert werden, zum Beispiel für Hochtemperaturwärme, Kraft-Wärme-Kopplung oder Kohlenstoffnutzung in der Industrie. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen auch flexible Gaskraftwerke neu gebaut werden. Die vorhandene Gasnetzinfrastruktur ist zusätzlich für die Versorgung mit „grünem Gas“ zu nutzen.

FAIRWANDEL

Wahl 21



Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien



Quelle: eigene Darstellung nach BMWi

Einbruch beim Ausbau der Windenergie heißt auch Abbau von Beschäftigung.

Wasserstoff als zweite Säule der klimaneutralen Energieversorgung

Zentrale Voraussetzung für eine CO₂-neutrale Industrie ist darüber hinaus der Aufbau einer tragfähigen und nachhaltigen Wasserstoffinfrastruktur. Wasserstofftechnologien können in vielen Bereichen zur Dekarbonisierung beitragen, sie sind daher auch für zukünftige Wertschöpfung und Beschäftigung zum Hoffnungsträger geworden. Klimafreundlich sind sie aber nur, wenn der Wasserstoff mit Hilfe von erneuerbarer Energie gewonnen wird.

Da der Energiebedarf sehr hoch ist, gibt es klare Prioritäten bei der Nutzung: zuerst da, wo es keine Alternative gibt. Das gilt für die Grundstoffindustrien (Stahl, Chemie, Zement), in großen Teilen für den Luft- und Seeverkehr, auch für den Schwerlast- und Teile des Schienenverkehrs. Der Ausbau von Produktion und Infrastruktur ist zentral. Die Kapazitäten für Elektrolyseure sollten bis 2030 auf mindestens 10 GW hochlaufen.



Die IG Metall fordert

- ▶ Förderprogramme und Investitionszuschüsse für den Anlagenbau für Elektrolyseure
- ▶ Schaffung/Nutzung/Weiterentwicklung geeigneter Infrastruktur, Umwidmung bestehender Fern-Erdgasleitungen
- ▶ Partnerschaften für Import von grünem Wasserstoff nach fairen Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards, für die Übergangsphase auch Import von sogenanntem blauem Wasserstoff (gewonnen mit Kohlendioxid-Speicherung „CCS“) für Anwendungen ohne technische Alternative
- ▶ Etablierung grüner Leitmärkte, z. B. durch Beschaffungsquoten und Ausschreibungen des Staates zur Produktion von grünem Wasserstoff
- ▶ Ergänzung der Programme zur Dekarbonisierung, Schwerpunkt Stahlbranche und Energieanlagenbau. Gesetzliche Quote für grünen Wasserstoff

